



**Auf
welcher
Seite
auch
immer ...**

**Menschen
töten will
ich nicht.**

Vollmundig hatten Politiker*innen der verschiedensten Fraktionen erklärt, russischen Verweigerern und Deserteuren Schutz zu geben. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte im September 2022: „Ich bin dafür diesen Menschen Schutz anzubieten.“ Viele russische Verweigerer schöpften daraufhin Hoffnung. Deutschland würde ihren Schritt, sich einem verbrecherischen Krieg zu entziehen, unterstützen und ihnen Asyl gewähren.

Vor wenigen Wochen kam dann die Ernüchterung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, zuständig zur Beurteilung der Asylanträge, lehnt diese reihenweise ab. Politiker*innen geben Lippenbekenntnisse ab - das Bundesamt für Migration schafft Fakten. Die Verweigerer sind Opfer leerer Versprechen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird nun seit über einem Jahr geführt. Hunderttausende haben sich auf allen Seiten den Rekrutierungen entzogen, haben sich dem Kriegsdienst verweigert oder sind desertiert.

Ein Blick auf Russland: Wir gehen davon aus, dass sich bislang mehr als 150.000 militärdienstpflichtige Männer im Alter zwischen 18 und 65 Jahren den Rekrutierungen durch Flucht ins Ausland entzogen haben. Viele konnten in benachbarte Län-

der fliehen, wie Kasachstan, Georgien oder Armenien. Nur wenigen von ihnen gelang die Flucht nach Westeuropa. Zwar ist die Zahl der Asylanträge deutlich gestiegen, aber auf niedrigem Niveau, europaweit dürften im Jahr 2022 etwa 2.800 Menschen wegen ihrer Verweigerung Asyl beantragt haben.

*„Wir unterstützen
alle, die sich auf
welcher Seite
auch immer dem
Grauen des Krieges
entziehen.“*

Connection e.V.

Die deutsche Bundesregierung hatte vor einem Jahr erklärt, dass zumindest Deserteure aus Russland Schutz erhalten sollen. Zugleich hatte sie aber auch betont, dass dies nicht für Militärdienstentzieher gelte

- also all jene, die sich schon vorab den Rekrutierungen entzogen hatten. Wer also klug genug war, angesichts des Krieges und der Teilmobilmachung rechtzeitig vor einem Einberufungsbescheid ins Ausland zu flüchten, wird kein Asyl erhalten. Das ist in der Tat ein Skandal.

Ein Blick auf Belarus: Belarus ist indirekt am Krieg beteiligt. Russische Truppen marschierten zu Beginn des Krieges über Belarus in die Ukraine ein. Es gibt mittlerweile eine enge militärische Kooperation zwischen Russland und Belarus. Angesichts dessen hatte die belarusische Organisation Nash Dom mit der Kampagne „Nein heißt Nein“ zur Verweigerung aufgerufen, um einen Kriegseintritt von Belarus zu verhindern. Zehntausende folgten diesem Aufruf. Einige wenige sind auch nach Deutschland gekommen, um hier Asyl zu beantragen. Ihre Chancen sind gering, auch wenn bei Desertion inzwischen die Todesstrafe droht.

Ein Blick auf die Ukraine: Seit dem Kriegsbeginn und der Generalmobilmachung ist Männern zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise aus der Ukraine nur noch mit Sondergenehmigungen erlaubt. Es wird auf breiter Ebene rekrutiert. Mit der Generalmobilmachung wurde auch das ohnehin eingeschränkte Recht auf

Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt. Etliche Kriegsdienstverweigerer wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Trotz der Ausreiseperrre haben es viele geschafft, in die Europäische Union zu kommen. Unserer Schätzung nach dürften es etwa 170.000 Männer im militärdienstpflichtigen Alter sein. Hier erhalten sie befristet einen humanitären Aufenthalt. Das schützt sie vor Abschiebung und Verfolgung. Aber langfristig werden sie vor der Frage stehen, wie sie sich einer Verfolgung wegen ihrer Verweigerung entziehen können.

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht: Das hat 2011 das höchste Gericht des Europarates, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, festgestellt. Das gilt auch im Falle eines Krieges. Jeder und jede hat das Recht, zu jeder Zeit den Kriegsdienst zu verweigern. Und daran muss sich der Umgang mit Kriegsdienstverweigerern messen lassen. Das gilt für alle am Krieg beteiligten Länder. Das gilt aber auch, wenn es um die Frage geht, ob verfolgte Kriegsdienstverweigerer Schutz und Asyl erhalten. Für uns ist daher klar, dass wir all diejenigen unterstützen, die sich auf welcher Seite auch immer dem Grauen des Krieges entziehen, die sich verweigern, die desertieren.

Kommentar

**„Soldaten sind
Mörder“ schrieb
Kurt Tucholsky**



Foto: C. Werner

Christine Schweitzer ist Geschäftsführerin beim Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Im normalen Leben kommen Menschen, die einen anderen Menschen töten, vor Gericht. Auch wenn ein Polizist seine Waffe einsetzt, beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft damit. Doch sobald es um das Militär geht, müssen sich diejenigen rechtfertigen, die nicht töten wollen. Das gilt auch schon für den Militärdienst in Friedenszeiten, denn er soll ja auf einen möglichen Einsatz im Krieg vorbereiten.

Sehr viele Staaten haben heute ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeführt. Doch so paradox es klingt: Gerade dann,

*„Es ist paradox:
Gerade dann,
wenn es ernst wird,
setzen viele Staaten
das Recht auf
Verweigerung aus.“*

Christine Schweitzer

wenn es ernst wird, wenn das Töten nicht nur erlernt und geübt werden soll, sondern das Militär in den Krieg zieht, dann setzen viele Staaten das Recht auf Verweigerung ganz aus. Oder es wird Menschen einfach unmöglich gemacht, es in Anspruch zu nehmen. Stattdessen werden sie zwangsrekrutiert oder juristisch verfolgt und eingesperrt.

Kurt Tucholsky brachte diesen Widerspruch schon 1931 in der Zeitschrift Weltbühne auf den Punkt – ihn zu zitieren, hat Menschen auch in Deutschland immer wieder eine Anzeige wegen Diffamierung der Bundeswehr eingebracht:

„Da gab es vier Jahre lang ganze Quadratmeilen Landes, auf denen war der Mord obligatorisch, während er eine halbe Stunde davon entfernt ebenso streng verboten war. Sagte ich: Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.“

Ja, „Mord“ setzt niedere Beweggründe voraus. Aber ist Krieg nicht verwerflich, nicht von der UN-Charta verboten? Weshalb ist dann die Beteiligung an ihm ehrenhaft und Verräter, wer sich weigert, in den Krieg zu ziehen?

Beteiligen Sie sich an der Aktion Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer

Prof. Dr. Dietmar Köster (SPD), Mitglied des Europäischen Parlamentes zur #ObjectWarCampaign:

Wir brauchen dringend Schritte hin zum Frieden und gegen die militärische Austragung von Konflikten. Deswegen ist die Verbreitung der Kampagne #ObjectWarCampaign von Connection e.V., European Bureau for Conscientious Objection, War Resisters' International und International Fellowship of Reconciliation ein besonderes Anliegen für mich. Die Kampagne stellt den Schutz von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern in und aus Russland, Belarus und der Ukraine in den Vordergrund.

In einem Appell wird die EU aufgefordert, Deserteuren und Verweigerern aus Belarus und der Russischen Föderation Asyl zu garantieren.

An die ukrainische Regierung wird appelliert, die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern zu stoppen und ihnen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu gewähren. Die Grenzen für diejenigen, die sich unter hohem persönlichem Risiko in ihrem Land gegen den Krieg stellen, müssen geöffnet werden.

**Appell
zeichnen**



Dietmar Köster



#OBJECT WAR CAMPAIGN

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus, Ukraine brauchen unsere Solidarität!

#ВідмовВійні
#ОткажиВойне

27. April 2023

Mein Freund wurde einberufen und ist im Krieg gefallen

Nikita R. aus Russland wollte im Ausland arbeiten und ging dafür nach Polen. Sein Visum erhielt er kurz vor Kriegsbeginn. Nach Ablauf des Visums kam er nach Berlin und beantragte Asyl.

Wie hast Du den Kriegsbeginn erlebt?

Einen Monat vor Kriegsbeginn lebte ich in Sotschi. Ich bekam ein Angebot für eine Arbeitsstelle in Polen. Das fand ich gut. Ich wollte was Neues erleben, Erfahrungen im Ausland machen. Mit der Einladung konnte ich ein Visum beantragen. Das habe ich vier Tage vor Kriegsbeginn bekommen. So konnte ich nach Polen reisen, so lange das noch ging. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass es einen Krieg gibt. Ja, es gab schon Spannungen, aber ich kann überhaupt nicht begreifen, was da in Russland und der Ukraine passiert. Ich habe immer gedacht, dass es Brudervölker sind. Ich selbst habe auch Verwandte in der Ukraine. Und so war mir klar, dass ich nicht am Krieg teilnehmen wollte und will.

Warst Du beim Militär?

Ja, ich studierte, habe aber im 3. Semester eine Auszeit genommen. Daraufhin wurde ich zum Militärdienst einberufen. Ich habe ein Jahr Dienst geleistet und wurde für die Flugabwehr ausgebildet.



Foto: Connection e.V.

Wann hast Du die Einberufung erhalten?

Ich war zu der Zeit in Polen. Der Einberufungsbefehl wurde meinen Großeltern zugestellt. Da heißt es: „Aufgrund des russischen Gesetzes über Wehrpflicht und Wehrdienst werden Sie zum Militärdienst einberufen und sind verpflichtet am 17.8.2022 gegen 10 Uhr zum Militärkommissariat zu kommen.“ Ich wollte das zuerst nicht glauben. Ich dachte, vielleicht ist das eine Verwechslung. Und dann habe ich Angst gekriegt, vor der Zukunft, vor einer möglichen Abschiebung. Ich verstand, dass ich auf keinen Fall zurück gehen kann.

Was wäre beim Militär passiert?

Wenn ich zum Militärkommissariat gegangen wäre, hätten sie mich gemustert, aber das ist nur eine Formsache. Dann hätte ich den Marschbefehl für eine Ausbildungseinheit erhalten. Es heißt, das dauere drei Monate, aber es ist kürzer. Und dann wäre ich an die Front gekommen.

Die deutschen Behörden wollen dich nach Polen abschieben, weil das Land für den Asylantrag zuständig sei. Was befürchtest Du?

Ich hatte einen Freund, Viktor, mit dem ich zusammen gedient habe. Er war auch in Polen und hat dort Asyl beantragt. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Er musste nach Russland zurückkehren, wurde einberufen und ist dann im Krieg gefallen. Es tut mir sehr weh, dass ich meinen guten Freund verloren habe.

Was wünschst Du Dir?

Ich bin bedrückt von der ganzen Situation, weil die Zukunft so unklar ist. Ich habe den Wunsch, dass der Krieg schnell beendet ist. Ich hoffe, dass die deutschen Behörden auf meiner Seite stehen. Ich würde gerne arbeiten und hätte gern die Sicherheit, dass ich hier bleiben kann.

Das Interview führten Rudi Friedrich und Marah Frech von Connection e.V.

Mein Mandant ist nur durch das Kirchenasyl geschützt



Foto: Max Shir

Rechtsanwältin Christiane Meusel ist in Berlin tätig und vertritt den russischen Kriegsdienstverweigerer Nikita R. in seinem Asylverfahren

Wie sind Sie mit Nikita R. in Kontakt gekommen?

Aufgrund meiner eigenen Biografie hatte ich viele Kontakte zu Russisch sprechenden Menschen. Ich hatte schon in der Schule Russisch gelernt und war recht vertraut mit ihrer Kultur. Als der Krieg gegen die Ukraine begann und sich so viele Menschen um ukrainische Flüchtlinge kümmerten, habe ich meine Visitenkarten bei russischen Geschäftsleuten verteilt. Ich bot ihnen an, sie zu vertreten, falls sie als Zivilpersonen angegriffen werden würden oder es Schmierereien an ihren Geschäften gäbe. Ein halbes Jahr später rief mich der Stiefvater von Nikita an. Er sagte, „Sie haben doch mal eine Visitenkarte bei uns hinterlassen. Jetzt haben wir ein Problem, aber ein völlig anderes. Der Sohn meiner Frau hat einen Einberufungsbefehl erhalten. Was kann er tun? Soll er wieder zurückgehen?“

„Auf keinen Fall“, antwortete ich sehr aus dem Bauch heraus. „Kommen Sie bitte zu mir. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen.“ Zu dem Zeitpunkt wusste ich noch nicht wirklich, was am Besten getan werden könnte. Ich habe sofort an Asyl gedacht. Aber ich bin als Rechtsanwältin nicht auf Asylrecht spezialisiert. Ich rief daher einige Kollegen an, aber die wollten den Fall nicht übernehmen, weil Fälle im Dublin-III-Verfahren aussichtslos seien. Und so war mir klar, dass ich diesen Fall übernehmen werde.

Wie ist seine rechtliche Situation einzuschätzen?

Nikita hat dann einen Asylantrag gestellt und wir gingen gemeinsam zu der ersten Anhörung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Da er zuvor in Polen gearbeitet hatte und von Polen aus zu seinen Eltern nach Berlin gereist war, teilte uns das Bundesamt mit, dass bereits ein Übernahmesuchen an Polen gestellt wurde. Dies sei auch bewilligt worden. Um das zu verstehen, ist es wichtig, das Asylverfahren zu verstehen. In einem ersten Schritt wird bei den Asylantragstellern nämlich geprüft, wie sie nach Deutschland eingereist sind. Und wenn sie über ein anderes Land eingereist sind oder ein anderes westeuropäisches Land ein Visum erteilt hatte, ist dieses Land für das Asylverfahren zuständig. Das ist Teil der Dublin-III-Verordnung. Das Bundesamt ist daher sofort davon ausgegangen, dass Polen für den Asylantrag von Nikita zuständig ist, ohne die Gefährdung zu prüfen. Wenig später erhielt ich den Bescheid des Bundesamtes, in dem genau dies festgestellt wird: „Der Zugang zu einem funktionierenden Asylverfahren und adäquater Versorgung ist in Polen für reguläre Antragsteller wie auch für Dublin-Rückkehrer gewährleistet. Der Antragsteller konnte in seinem Vortrag nicht substantiiert darlegen, inwiefern ihm in Polen eine individuelle Gefahr droht. Bezüglich der genannten Verwandten des Antragstellers greift in diesem Fall der Familienschutz nicht.“

Ich habe daraufhin einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz eingereicht. Es gab den Hinweis von der Helsinki-Stiftung Polen, dass es in so einem Fall wie bei Nikita in Polen erforderlich sein kann, „nachzuweisen, dass die Einheit zu der er einberufen wurde, Kriegsverbrechen begeht.“ Wie hätte er das nachweisen sollen? Und die Helsinki-Stiftung wies auch darauf hin, dass nur wenige in Polen als Flüchtlinge anerkannt werden. Das deckte sich ja mit der Aussage von Nikita, dass sein Freund im Asylverfahren abgelehnt wurde und nach Russland zurückkehren musste. Es gab auch noch verschiedene Berichte über systemische Mängel im Asylverfahren in Polen.

„Ich versuche Putin das Personal zu entziehen. Das ist mein Beitrag für den Weltfrieden.“

Rechtsanwältin Christiane Meusel

Und wie ging es dann weiter?

Als nächstes entschied das Verwaltungsgericht Berlin über meinen Antrag. Und dieser Bescheid kam ausgerechnet am Gründonnerstag, also dem letzten Arbeitstag vor Ostern. Mein Antrag wurde abgelehnt. Damit konnte Nikita sofort nach Polen abgeschoben werden. Eine brenzlige Situation. Denn das kann bedeuten, dass eine Kettenabschiebung nach Russland möglich ist. Ich hatte daher schon frühzeitig nach alternativen Möglichkeiten gesucht. Und in der Tat konnte ich eine Kirchengemeinde finden, die ihn sofort nach dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin aufgenommen hat. Nur durch das Kirchenasyl ist Nikita vor einer Abschiebung geschützt. Im Zweifel muss dies so lange bestehen, wie eine Abschiebung nach Polen möglich ist. Erst in einem halben Jahr wäre die Gefahr vorüber.

Was ist Ihre Motivation?

In meiner Zeit in der Friedensbewegung der DDR habe ich gelernt: Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin. Und ausgehend von dieser Idee finde ich es politisch völlig indiskutabel, wenn von zwei Kriegsparteien die ukrainischen Flüchtlinge von Dublin III als einzige befreit sind. Von der Regelung ausgenommen werden aber nicht die, die mit dafür sorgen, dass dieser Krieg aufhört: die Soldaten, die nicht mitmachen. Die beiden Gruppen müssen gleichgestellt werden. Ich versuche Putin das Personal zu entziehen. Das ist mein Beitrag für den Weltfrieden.

Das Interview führten Rudi Friedrich und Marah Frech von Connection e.V.



Anfang Februar 2023 fand eine Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlamentes statt. Milana Shesterikova von der demokratischen Jugendbewegung Vesna berichtete über Wehrpflicht und illegale Gefängnisse.

Aufgrund der Wehrpflicht befinden sich junge Menschen in Russland derzeit in einer prekären Lage. Jeder von ihnen könnte zum Dienst in der Armee einberufen werden. Danach besteht die Gefahr, dass sie an die Front geschickt werden und im Krieg kämpfen müssen. Regelmäßig wird von solchen Fällen berichtet. Innerhalb eines Jahres sollen 250.000 junge Russen zum Militärdienst einberufen werden. Da die Behörden die Wehrpflichtigen nie über das in der Verfassung verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung informieren und die Militärkommissariate sowie die Gerichte Anträge der Verweigerer vielfach ablehnen, können diese Menschen zwangsverpflichtet und unfreiwillig

an die Front in der Ukraine geschickt werden.

Die Gefährdung junger Menschen zeigt sich auch an einer weiteren Maßnahme. Die Wehrpflicht wird als Methode zur Verfolgung politischer Aktivisten benutzt, insbesondere von Studenten, die sich politisch engagieren. Es hat mehrere Fälle gegeben, in denen die Behörden die Zwangsrekrutierung als Mittel eingesetzt haben, um Druck auszuüben. Die russischen Universitäten sind stark vom Staat abhängig. Sie unterstützen häufig die Regierung bei der Einberufung von Studenten, indem sie sie beispielsweise exmatrikulieren.

Gefängnisse für Verweigerer

Auf dem Gebiet der besetzten Regionen Luhansk und Donezk in der Ukraine wurden mindestens 13 illegale Gefängnisse entdeckt, die vom russischen Militärkommando eingerichtet wurden. In diesen Gefängnissen werden mehr als 600 russische

Russland: Pflicht zum Kriegsdienst

Soldaten festgehalten, die sich geweigert haben, im Krieg zu kämpfen, und die ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt haben. In den Gefängnissen wird ihnen die medizinische Versorgung verweigert, sie erhalten keine Nahrung. Die Bedingungen sind sehr hart. Damit sollen sie dazu gezwungen werden, auf das Schlachtfeld zurückzukehren.

Diese Fälle werden von den Strafverfolgungsbehörden ignoriert. Beschwerden und Petitionen, die wir an das Untersuchungskomitee der Russischen Föderation richten, werden an die Ermittler in den besetzten Gebieten weitergeleitet und bleiben somit unbeantwortet. Wir glauben, dass diese illegale Praxis auch angewandt wird, um andere Soldaten einzuschüchtern, die auch verweigern wollen. Die Maßnahmen verletzen ihre verfassungsmäßigen Rechte zur Kriegsdienstverweigerung. Darüber hinaus wurde von der Staatsduma ein neuer Gesetzesentwurf zu diesem Thema vorgelegt, demzufolge Militärangehörige ohne Gerichtsbeschluss verhaftet werden können. Dieses Gesetz kann möglicherweise diese Gefängnisse legalisieren und es leichter machen, Verweigerer zur Teilnahme an Feindseligkeiten im Hoheitsgebiet der Ukraine zu zwingen.



Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht



Sabine Müller-Langsdorf, Friedenspfarrerin der Ev. Kirche Hessen-Nassau

Mit dem Krieg in der Ukraine nimmt auch die Zahl der Anfragen zur Kriegsdienstverweigerung in Deutschland wieder zu. Über die Arbeitsgemeinschaft Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) berate ich Menschen, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen stellen möchten. Niemand sollte gegen sein Gewissen gezwungen sein, auf einen Menschen zu schießen.

„Niemand sollte gegen sein Gewissen gezwungen sein, auf einen Menschen zu schießen.“

Sabine Müller-Langsdorf

„Du sollst nicht töten!“ heißt es in der Bibel. Die Freiheit, diesem Gebot zu folgen, muss für Menschen überall in der Welt gewährleistet sein. Kriegsdienstverweigerer praktizieren Frieden und zahlen ohne internationalen rechtlichen Schutz oft einen hohen persönlichen Preis dafür.

Im Krieg Russlands gegen die Ukraine zum Beispiel wurde in der Ukraine das Recht auf Kriegsdienstverweigerung faktisch wieder eingeschränkt. Ukrainische Kriegsdienstverweigerer müssen in ihrem Land mehrjährige Haftstrafen erwarten. Zu einem demokratischen Staat gehört es für mich, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung konsequent umzusetzen!

Für Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher aus Russland und Belarus gibt es gegen alle anders lautenden politischen Absichtserklärungen in der EU immer noch keine rechtlich verbindliche Aufnahmeregelung, die diese Menschen schützt. Sie haben sich unter großem Risiko von der Regierung ihres Landes abgewandt. Eine EU-Aufnahmeregelung würde ihnen Ausbildung und Beschäftigung ermöglichen. Und damit Zukunft!

Beratungshotline
kdv@eak-online.de ♦ www.eak-online.de

Ukraine

In den Krieg oder ins Gefängnis

Als Journalist, der seit 40 Jahren über Konflikte berichtet, ist es mir sehr wichtig, die Situation der Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine zu beschreiben. Die Friedensbewegung von Zaragoza brachte mich mit Yurii in Kontakt. Ich war überrascht von dem mangelnden Interesse an deren Schicksal. Als Journalist ist es meine Pflicht, über jedes Thema zu berichten, das von öffentlichem Interesse ist. **Gervasio Sánchez**

Vitaliy Alekseienco, 46, am anderen Ende des Telefons ist ruhig. Er wird gerade einer gerichtsmedizinischen Untersuchung unterzogen, bevor er ins Gefängnis kommt. Er ist ein Kriegsdienstverweigerer, der sich aus religiösen Gründen geweigert hat, in der ukrainischen Armee zu dienen bzw. im derzeitigen Krieg zu den Waffen zu greifen. „Jesus war immer Pazifist und lehnte es ab, seinen Nächsten zu töten. Meine Situation ist sehr ungerecht, denn ein Mensch hat das Recht, seinen Weg zu wählen“, sagt er.

Vitaliy Alekseienco erschien am 2. Juni 2022 in seinem Rekrutierungszentrum und bat darum, einen Ersatzdienst ableisten zu können, wie er ihn bereits in Usbekistan, dem Heimatland seiner Frau, abgeleistet hatte. Dort hatte er 1998 gelebt. Das Militär gab ihm einige Tage Bedenkzeit. Als er sich erneut verweigerte, forderte das Militär die Polizei auf, ein Strafverfahren einzuleiten.

„Ich bin besorgt, weil ich Arthrose habe und weiß, dass sich meine gesundheitliche Situation verschlechtern wird. Ich hoffe, dass sich das Rechtssystem in diesem Land verbessert und die Kriegsdienstverweigerung zulässt“, erklärt er und fügt nach einem langen Seufzer hinzu, dass „die ukrainische Regierung zu stark mit der Korruption verbunden ist, als dass sich etwas ändern könnte“. Bevor das Gespräch unterbrochen wird, möglicherweise weil die Polizei ihm das Telefon abnimmt, fügt Vitaliy hinzu, dass „ich meine Zeit im Gefängnis mit Beten, dem Wort Gottes und dem Lesen des Neuen Testaments verbringen werde“.

Am 15. September 2022 wurde er wegen „Verweigerung des Militärdienstes während der Mobilmachung“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er legte Berufung ein und beantragte, seine Strafe durch eine Bewährungszeit zu ersetzen. Das Berufungsgericht bestätigte jedoch das Urteil.

Yurii Sheliazhenko, 42, Koordinator der **Ukrainischen Pazifistischen Bewegung**, der Kontakt zum Kriegsdienstverweigerer hat, erklärt, dass seit Beginn des Krieges „die Möglichkeit des Alternativen Dienstes“ gestrichen wurde und sogar die Dauer der Wehrpflicht für Männer zwischen 18 und 27 Jahren - 12 Monate für Studenten und 18 Monate für andere – während der Mobilisierung ausgesetzt wurde. Die Wehrpflicht ist also unbefristet abzuleisten.

Oleg Sofianyk, 58, war bereits in der Sowjetunion Kriegsdienstverweigerer. „Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass ich 30 Jahre später etwas Ähnliches erleben würde. Ich war auf der Krim, als sie 2014 von den Russen annektiert wurde. Es ist mir gelungen, von dort zu fliehen und in diesen Teil der Ukraine zu kommen, wo ich dachte, es gäbe mehr Freiheit“, erklärt er telefonisch aus Marganets, einer Stadt am rechten Ufer des Kachowka-Stausees am Dnjepr, die unter ständigem russischen Beschuss und einer sehr ernsten humanitären Lage leidet.

„Aber hier ist es schlimmer als in Russland. Zumindest kann man dort eine Ausreisegenehmigung erhalten, wenn man über 45 Jahre alt ist. Die ukrainische

Wehrpflicht hingegen gilt bis zum Alter von 60 Jahren, und es gibt Gerüchte, dass sie dieses Alter auf 65 Jahre anheben wollen“, sagt er und weist darauf hin: „Menschen, die wie ich in den besetzten Gebieten gelebt haben, dürfen nicht mobilisiert werden, weil die Genfer Konvention dies verbietet.“

Oleg Sofianyk erklärt, dass „bis Ende 2022 bereits 298 Personen nach den Artikeln 335 und 336 des ukrainischen Strafgesetzbuchs wegen Mobilisierungsverweigerung

Serhii Ustymenki, 34, der einer autonomen pazifistischen Gruppe angehört, die nicht offiziell anerkannt ist und der Menschen mit religiösem und anderem Hintergrund angehören, ist der Meinung, dass „es für uns wichtig ist, uns zu organisieren, weil der Krieg schon lange andauert“. Er weist darauf hin, dass „die gewaltsamen Veränderungen im Jahr 2013 in Kiew und im Donbas die militaristische Entwicklung auf beiden Seiten provoziert haben“ und will die Rolle der ukrainischen

Andrii Vishnevetskiy, 33, wurde auf einer Straße in Odessa bei einer Militärkontrolle abgefangen und offiziell aufgefordert, sich im Rekrutierungszentrum zu melden. Er hatte sechs Monate in Cherson unter russischer Besatzung verbracht, was seine Einberufung ungültig machte. „Ich sagte den Offizieren, dass ich niemanden erschießen wolle, und sie versicherten mir, dass ich auch andere Aufgaben erfüllen könne, ohne eine Waffe zu benutzen. Ich stimmte zu, weil ich dachte, ich würde den



Ukr. - Frieden: Yurii Sheliazhenko und Serhii Ustymenko. Foto: G. Sánchez

verurteilt worden sind. Dazu kommen noch die Fälle der ersten beiden Monate des Jahres 2023.“ Die Strafen belaufen sich auf bis zu drei Jahre Freiheitsentzug. Der Kriegsdienstverweigerer bestätigt auch, dass seit Beginn des Krieges „13.000 Menschen wegen des Versuchs, aus der Ukraine zu fliehen, verhaftet und mit einer Geldstrafe nach Artikel 203 des Strafgesetzbuches belegt wurden“. Nachdem sie die Geldstrafe bezahlt haben, werden sie in ihre Kampfeinheiten beim Militär gebracht. Weitere 3.000 Personen wurden von ukrainischen Grenzsoldaten wegen falscher Papiere festgenommen.

Mindestens 15 Menschen sind bei dem Versuch, die rumänische Grenze zu überqueren, ums Leben gekommen, zehn in den kalten Fluten des Prut, ein Nebenfluss der Donau, und fünf weitere ertranken bei der Überquerung der Karpaten. Tausende weitere halten sich in ihren Häusern versteckt, um nicht rekrutiert zu werden.

Der lange Kampf für Pazifismus in der Ukraine geht nun schon zwei Jahrzehnte. „Im Jahr 2000 hielt ich es für wichtig, eine solche Bewegung ins Leben zu rufen“, erinnert sich **Yurii Sheliazhenko**. „Ich schickte einen Brief an Präsident Leonid Kutschma und schlug vor, das Verteidigungsbudget in Bildung und Gesundheit zu investieren. Sie antworteten, dass nur ‚der Militärdienst aus Jungen echte Männer macht und ihnen die moralischen Konzepte des Patriotismus vermittelt‘.“ Als sich die politische Lage in der Ukraine 2013 zu verschlechtern begann, schrieb der Aktivist in den sozialen Medien, dass Gewalt nicht der Weg zur Lösung der Probleme sei und dass keine Politik, die mit territorialen Fragen zu tun habe, Menschenleben kosten dürfe. Er betonte, dass „die Menschen über jeder aggressiven Politik stehen, wir sind gegen den militärischen Sieg beider Seiten und verurteilen die zwangsweise Einberufung“.

Presse nicht vergessen, die „die patriotischsten Gefühle geschürt hat, indem sie das ukrainische Militär als heldenhaft darstellte und wiederholte, dass die Morde nur von den Russen verübt werden“. Der junge Mann, der sich selbst als „lebenslanger Pazifist“ bezeichnet, gibt zu, dass er jederzeit mobilisiert werden könnte. „Ich habe meinen Pass immer bei mir, denn ein Vorwand, mit dem man auf der Straße angehalten wird, ist, dass man die Papiere überprüfe“, erklärt er. Auf die Frage, was er tun werde, wenn er vorgeladen wird, antwortet er nach einigen Sekunden des Schweigens und einer kurzen Überlegung: „Ich werde es ihnen sagen, es aber nicht schriftlich darlegen“.

Yurii Sheliazhenko erinnert daran, dass der ukrainische Journalist und Kriegsdienstverweigerer **Ruslan Kotsaba** 524 Tage im Gefängnis saß, weil er 2015 dazu aufgerufen hatte, „die militärische Mobilisierung für den Konflikt in der Ostukraine zu boykottieren“. Ihm wurde Hochverrat und Behinderung militärischer Operationen vorgeworfen, weil er sich für den Frieden ausgesprochen hatte. Sein Fall hatte ein weltweites Echo hervorgerufen. Er wurde 2016 freigesprochen.

Es gab zwei Gründe, warum sich die pazifistische Bewegung im Jahr 2019 gestärkt sah. Die Präsidentschaftswahlen brachten Wolodymyr Selenskyj mit neuen Ideen an die Macht, die viele Wähler anzogen. „Wir hatten die Hoffnung, dass sich ab April 2019 alles ändern würde, aber im Sommer kam es zu einem ersten Zwischenfall: Ein junger Mann, der den Kriegsdienst verweigert hatte, wurde auf der Straße zusammengeschlagen und gewaltsam festgehalten, als er seinen kranken Vater ins Krankenhaus begleitete, der mitten auf der Straße zurückgelassen wurde. Uns wurde klar, dass alles beim Alten bleiben würde“, erinnert sich Yurii Sheliazhenko.

Job eines Fahrers machen“, erinnert er sich per Telefon vom Standort seiner Militäreinheit aus.

„Ich wurde ausgetrickst. Als ich ankam, gaben sie mir ein Gewehr und versicherten mir, dass ich wegen Hochverrats angeklagt und mit 10 bis 15 Jahren Militärgefängnis bestraft werden könnte, wenn ich es wegwerfe oder verlöre“, erklärt er schweren Herzens. „Ich habe nicht das Recht, jemanden zu töten, denn Gott ist gegen jede Gewalttat“, sagt er und ist traurig darüber, dass er seine Frau und seine neunjährige Tochter seit fünf Monaten nicht mehr gesehen hat.

Alle Anträge, seine Militäreinheit zu verlassen, nach Hause zurückzukehren und Urlaub zu nehmen, wurden als Vergeltung für sein Verhalten abgelehnt. „Ich arbeite als Koch und habe mich stets geweigert, meine Waffe und meinen Helm zu nehmen und an die Front zu gehen. Mir wird oft gedroht, dass ich vor ein Kriegsgericht gestellt werde“, erklärt er. „Diese Situation schmerzt sehr, und es ist sehr schwer zu akzeptieren, was mit mir geschieht. Alles, was ich tun kann, ist, Zuflucht in der Bibel zu suchen“, sagt er.

Nachdem das Gespräch unterbrochen wurde, erklärte **Yurii Sheliazhenko**, dass es Fälle von Menschen gebe, die ihre Verwandten seit einem Jahr nicht mehr sehen könnten, weil ihnen ständig die Genehmigung verweigert werde. „Viele Ukrainer lassen sich rekrutieren, weil sie das Gehalt brauchen, um ihre Familien zu ernähren“, sagt er. Die abschließende Grabinschrift sei vorhersehbar: In den Krieg oder ins Gefängnis.

Der Artikel erschien im Februar 2023 in der spanischen Tageszeitung *Heraldo de Aragón* sowie weiteren regionalen Zeitungen in Spanien.



#OBJECT WAR CAMPAIGN

Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus, Ukraine brauchen unsere Solidarität!

#ВідмовВійні
#ОткажиВойне

27. April 2023

Internationales Netzwerk

Seit Beginn des Krieges hat sich ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen gebildet, um Kriegsdienstverweiger*innen und Deserteur*innen aus den am Krieg beteiligten Ländern zu unterstützen.

Caucasian Conscientious Objector Network

Das Kriegsdienstverweigerungsnetzwerk und die Beratungs-Hotline Kaukasus hat die Arbeit im letzten Sommer aufgenommen, um Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland und der Ukraine zu unterstützen, die in Georgien Hilfe suchen. Neben Beratung und Vermittlung von Terminen in der deutschen Botschaft bietet das Netzwerk auch eine Notunterkunft in Tbilisi für junge Männer, die dort gestrandet sind und nicht wissen, wo sie bleiben können. www.cconetwork.com

Ukrainische Pazifistische Bewegung

Die Ukrainische Pazifistische Bewegung wurde 2019 aus Anlass einer Aktion in Kiew gegründet. Die Bewegung setzt sich für Abrüstung, die Abschaffung der Wehrpflicht und gewaltfreie Lösungen von Kriegen und Konflikten ein. Derzeit betreut die Bewegung mehrere zu Haftstrafen verurteilte Kriegsdienstverweigerer. www.pacifism.org.ua

Jugendbewegung Vesna (Russland)

Die Jugendbewegung Vesna setzt sich seit 2013 für ein demokratisches Russland ein, in dem Menschenrechte und Freiheiten zu den grundlegenden gesellschaftlichen Werten gehören. Vesna setzt sich auch für die Kriegsdienstverweigerung ein, informiert über Möglichkeiten, Razzien, Rekrutierungen und Einberufungen zu entgehen und reichte mehrere Petitionen für Kriegsdienstverweigerer ein. <https://vesna.democrat/>

Movement of Conscientious Objectors (Russland)

Die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung unterstützt Menschen in Russland, die Ableistung des Militärdienstes zu vermeiden. Die Organisation zeigt in umfangreichen Beratungsbroschüren und über Online-Schulungen, welche legalen Möglichkeiten es dafür gibt. Die Bewegung setzt sich zudem für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. <https://stoparmy.org/en/>

Nash Dom mit der Kampagne „Nein heißt Nein“

Nash Dom (Unser Haus) ist eine belarussische Menschenrechtsorganisation, die seit einigen Jahren von Litauen aus arbeiten muss. Die Organisation hat mit der Kam-

pagne „NO means NO“ schon zu Beginn des Krieges belarussische Wehrpflichtige dazu aufgerufen, sich dem Militärdienst zu verweigern. Tausende entzogen sich dem Dienst und flüchteten ins Ausland. www.nash-dom.info

Beratungshotline und Kurzinfos von Connection e.V.

Die von Connection e.V. betriebene Hotline beantwortet Fragen von betroffenen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren in Russisch, Englisch und Deutsch. Ergänzt wird das Angebot durch Kurzinfos für unzufriedene Soldaten über die Möglichkeiten der Verweigerung und Hinweise, was bei einer Asylantragstellung zu beachten ist. www.Connection-eV.org/get.out.now

War Resisters' International (WRI)

Die Internationale der Kriegsdienstgegner*innen ist ein 1921 gegründetes weltweit agierendes Netzwerk zu Antimilitarismus, Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus, dem etwa 90 Organisationen, Vereine und Verbände in mehr als 40 Ländern angehören. Die Organisation unterstützt Menschen auf der ganzen Welt, die sich der Beteiligung an Krieg oder der Vorbereitung von Krieg verweigern. www.wri-irg.org

International Fellowship of Reconciliation (IFOR)

Der 1919 gegründete Internationale Versöhnungsbund tritt in über 40 Ländern für eine Kultur der Gewaltlosigkeit ein und arbeitet so für Frieden und Menschenrechte und gegen Krieg, Militarisation und alle Formen von Gewalt. Mit dem Büro in Genf setzt IFOR einen Schwerpunkt auf die Lobbyarbeit für die Kriegsdienstverweigerung bei den Vereinten Nationen. www.ifor.org

European Bureau for Conscientious Objection (EBCO)

Das 1979 gegründete Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung ist ein Dachverband für Organisationen in Europa, die Kriegsdienstverweigerer unterstützen. Ziel ist es, Solidaritätskampagnen für Kriegsdienstverweigerer zu organisieren, die in europäischen Ländern verfolgt werden, und für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in europäischen Institutionen zu werben. www.ebco-beoc.org

Netzwerk in Deutschland

Darüber hinaus beteiligen sich in Deutschland über 60 Gruppen und Organisationen am Netzwerk. Eine Liste der Organisationen findet sich auf der Website von Connection e.V. www.Connection-eV.org/netzwerk

Berichte und News aus dem Netzwerk

Europäisches Parlament

Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss

(2. Februar 2023) Auf unsere Anregung hin fand eine Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlamentes statt. Hier konnten einige Initiativen aus dem Netzwerk sprechen. Sehr oft wurde ein asylrechtlicher Schutz der Verweigerer eingefordert. Bemerkenswert war die Stellungnahme von Michael Wiener aus dem Büro des UN-Menschenrechtsbeauftragten: „Auch wenn ein Land

Belarus

Mitschüler öffentlich als Verräter gebrandmarkt

(10. März 2023) Das Militärkommissariat Brest organisierte eine Gerichtsverhandlung und lud dazu Mitschüler des 18-jährigen Angeklagten ein. Er hatte den Dienst in der belarussischen Armee verweigert und war nicht zum Musterungstermin erschienen. In der Verhandlung räumte er seine Schuld in vollem Umfang ein und erklärte, dass er nicht zur Armee gehen wolle,

Russland

Dimitri aus Kaliningrad

(27. März 2023) Dimitri versuchte nach Kriegsbeginn die Armee auf legalem Weg zu verlassen und erklärte, dass er nicht im Krieg gegen die Ukraine kämpfen möchte. Sein Gesuch wurde abgelehnt. Stattdessen wurde er in die innere Abteilung versetzt. Aber auch dies lehnte er ab, denn er will bei jungen Rekruten keine Propaganda für diesen Krieg machen. So floh Dimitri über Belarus nach Kasachstan und weiter nach Georgien. Dort



Aktion am 8.12.2022 in Berlin. Foto: Hendrik Häfel

für einen bewaffneten Konflikt mobilisiert, ist das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.“

Ukraine

Kriegsdienstverweigerer zu 3 Jahren Haft verurteilt

(3. März 2023) Hennadii Tomniuk wurde wegen seiner Kriegsdienstverweigerung zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung gegen das Urteil ein, um die Bewährung aufheben zu lassen. Hennadii Tomniuk berichtet: „Ich wuchs in einer christlichen Familie auf und nehme die Worte der Heiligen Schrift sehr ernst. Dort heißt es, Du sollst nicht töten. Ich bin auch einer der Autor*innen eines Buches über Gewaltfreiheit. Gemeinsam mit den anderen Autor*innen berufen wir uns auf die Botschaft Jesu, auf seine Bergpredigt, und versuchen, auf künstlerische und populäre Weise seine Lehre über den gewaltlosen Widerstand gegen das Böse zu erklären.“

weil er Angst habe, in den Krieg geschickt zu werden. Das Gericht verurteilte den jungen Mann zu einer Geldstrafe von 2.220 Rubel (810 €).

USA/Russland

Abschiebungen wieder aufgenommen

(18. März 2023) Die US-Regierung Biden hat insgeheim die Abschiebungen nach Russland wieder aufgenommen. Dies steht in offensichtlichem Widerspruch zu der Position, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine vor etwas mehr als einem Jahr eingenommen wurde. Damals waren die Abschiebungen ausgesetzt worden. Die Rechtsanwältin Jennifer Scarborough setzt sich für die Betroffenen ein. Sie erklärte: „Wenn wir gegen diesen Krieg sind, warum sagen wir dann, dass Russland das Recht hat, diese Einberufung durchzuführen? Warum werden Menschen deportiert, um einberufen zu werden und in der Ukraine zu kämpfen?“

Aktionen zum 15. Mai 2023

Zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung ruft das deutsche Netzwerk der #ObjectWarCampaign zu Aktionswochen auf: act4transformation; AGDF; Bund für Soziale Verteidigung; Connection e.V.; Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK); Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); graswurzelrevolution; Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.; Hessischer Flüchtlingsrat; Internationale der Kriegsdienstgegner*innen (IDK); IPPNW; Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; NaturFreunde Deutschlands; pax christi – Deutsche Sektion e.V., Pro Asyl; www.Connection-eV.org/netzwerk

wandte er sich an das Caucasian Conscientious Objector Network. Das Netzwerk versucht nun, ihn bei der Visa-Beantragung zu unterstützen. Dimitri will so schnell wie möglich ins westliche Ausland. Er fühlt sich nicht sicher, da er sensible Daten vom Militär mitgenommen hat, die er der Presse übergeben möchte. Als Whistleblower ist er in besonderer Weise gefährdet. Aber die deutsche Botschaft in Tbilisi hat eine sechsmonatige Wartezeit für Visa eingeführt. Der Ausgang ist offen.

Netzwerk intern

Danke für die Spenden

(5. April 2023) Wir bedanken uns herzlich für die Unterstützung der #ObjectWarCampaign. Damit können wir die Arbeit mit und für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine weiter voran treiben und fördern. Bislang konnten wir etwa 175.000 € für diese Arbeit einwerben. Aufgewendet haben wir bislang etwa 130.000 €.

Connection e.V.

Internationale Arbeit für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure

Wir setzen uns aktiv für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Wir unterstützen verfolgte Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen in Zusammenarbeit mit Gruppen und Organisationen, die sich in ihren Ländern gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweigerer und -verweigerinnen zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Wir bieten ihnen Beratung und Unterstützung an. Zudem fördern wir die Selbstorganisation von Flüchtlingen.

Derzeitige Schwerpunktländer unserer Arbeit sind die am Krieg in der Ukraine beteiligten Länder sowie Türkei, Eritrea, Kolumbien, Israel und Südkorea.

Connection e.V. wurde mehrfach ausgezeichnet: 1996 mit dem Aachener Friedenspreis, 2001 mit dem Siegmund-Schultze-Förderpreis und 2009 mit dem Martin-Niemöller-Stiftung Förderpreis.

Spendenauf Ruf

#ObjectWar Campaign #StandWithObjectors

Unterstützen Sie Deserteur*innen und Verweiger*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine. Wir haben für diesen Zweck ein eigenes Spendenkonto bei Connection e.V. eingerichtet:

IBAN DE47 5055 0020 0006 0853 77
Sparkasse Offenbach, BIC HELADEFIOFF

Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Für eine Spendenquittung bitten wir um Angabe Ihrer Adresse. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Wir danken PRO ASYL für die finanzielle Förderung von Beilage und Projekt. **PRO ASYL**
DER EINZELFALL ZÄHLT.

Weitere Infos

Hier veröffentlichte Artikel und weitere Informationen sind zu finden über die Website www.Connection-eV.org/ObjectWarCampaign. In der online-Version sind zu den einzelnen Artikeln auch Quellen angegeben.

Impressum

Beilage in der Wochenzeitung Freitag

27. April 2023
Fotos Titel: Zani Arkadina, Armin Staudt, DanielBedjy, ValuaVitaly, Hasan Albari
ViSdP: Rudi Friedrich, Connection e.V.
Herausgegeben von Connection e.V.
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel.: 069 8237 5534
office@Connection-eV.org
www.facebook.com/Connection.eV
www.Connection-eV.org

